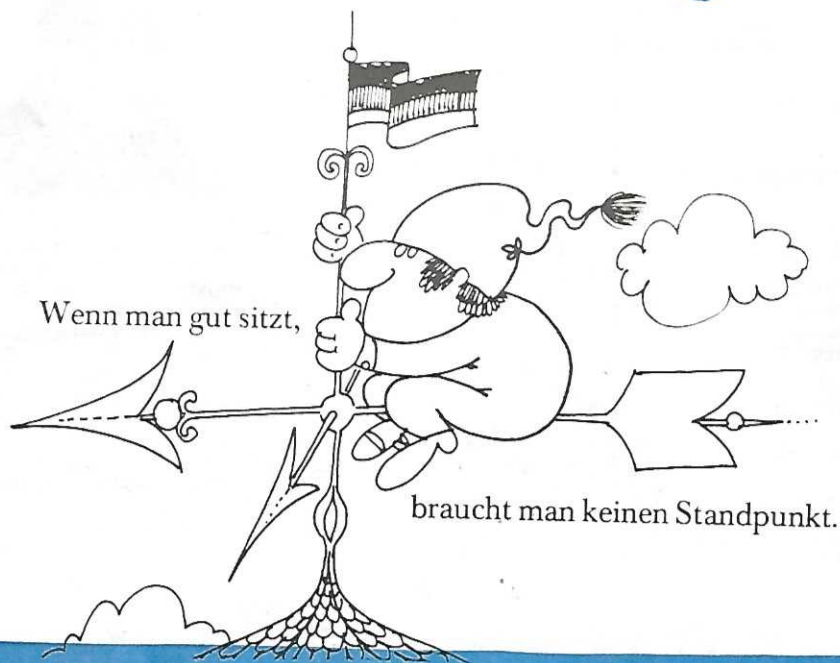




LUPE

Zeitung
für Jugendliche



Nr.3/1978

Juli
August/September

- Freiheitsstrafe
- Behinderte
- Amnesty
- Grüne Listen

INHALT

EDITORIAL

ARNESBERG	1
Modellkindergarten	1
in Niedereimer	1
Abenteuerspielplatz	1
Moosfelde	14
Jugendzentrum in	21
Arnsberg 1	21
MARSBERG	5
Freibadpreise	5
SUNDERN	12
Schülerzeitung für	12
das Schulzentrum	12
STRAFVOLLZUG	3
Thesen zur Freiheits-	3
strafe	3
Skandal in Werl	7
Amnesty international	19
BUNDESPOLITIK	15
Grüne Listen	15
SPORT	5
Von Argentinien bis	5
Moskau	5
LESERBRIEF	13
Kinderwünsche	13
HUMOR/SATIRE	11
Veitstanz	11
Allgemeine Hunde-	18
freiheit	18
RUBRIKEN	17
Euer Wylly: Lehrjah-	17
re	17
Aufgespießt	22
Vorgestellt	2
Editorial	2
Impressum	2

Die LUPE-Redaktion hat "Prügel" - auch von Liberalen oder vermeintlich Liberalen - bezogen. Die einen (mehr progressiven) haben sich über die Bundeswehranzeige beschwert, die anderen (mehr konservativen) haben sich über die Werbebeilage der Deutschen Volkszeitung mokiert. Zur Klarstellung: Die LUPE-Redaktion maß sich nicht das Recht an, Anzeigenkunden nach politischen Gesichtspunkten zu 'sortieren'. Anzeigen, Beilagen (und Hinweise auf solche) entsprechen nicht der Meinung der Redaktion. (s. Impressum)

VORGESTELLT



Am Mariengymnasium in Arnsberg vertritt Sigrid Ottensmann die Jungdemokraten. Sie besucht die Klasse 10 und ist 15 Jahre alt. Ihr politisches Hauptinteresse liegt im Moment bei den Schülerrechten und hier insbesondere bei den Schülerrechten an Privatschulen und Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft. Hier planen wir Jungdemokraten im neuen Schuljahr schwerpunktmäßig tätig zu werden. Deshalb unser Aufruf insbesondere an die Schüler der beiden Mädchen-

gymnasien in Arnsberg 2 und Neheim und an die Schüler des Gymnasiums in Herdringen, uns mit Informationen und Tips über die Anwendung der Schülerrechte an ihren Schulen zu versorgen. Bitte direkt an Sigrid Ottensmann (Am Kanzelweg 10 5760 Arnsberg 2) schreiben oder sie ansprechen. Hobby: Schalke-Fan-Club.

LUPE Zeitung für Jugendliche
Herausgeber: Liberale Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten, Kreisverband Hochsauerland.
Leitender Redakteur: Martin Ottensmann (V.i.S.d.P.).
Redakteure: Karl-Peter Brendel; Thomas Jarck; Jürgen Klein; Horst Kloppsteck; Sigrid Ottensmann; Hans-Peter Schulte; Herbert Wiedermann.
LUPE erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.
Redaktionsanschrift: Martin Ottensmann Am Kanzelweg 10 5760 Arnsberg 2
Anzeigenpreisliste Nr.2 vom 1.1.1978
Druck: Staphanie Heismann, Bonn. Auflage: 1.500
Hinweis: Anzeigen und Beilagen entsprechen nicht der Meinung der Redaktion. Sie dienen ausschließlich der Finanzierung der Zeitung.
Redaktionsschluß für Heft Nr. 4/1978: 30. September 1978.

Das geht uns alle an!

Thesen der Jungdemokraten zur Freiheitsstrafe

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der nordrhein-westfälischen Jungdemokraten 1978 war eines der Schwerpunktthemen die Reform des Strafvollzugs. Unter anderem wurden nachfolgende Thesen zur Freiheitsstrafe beschlossen:

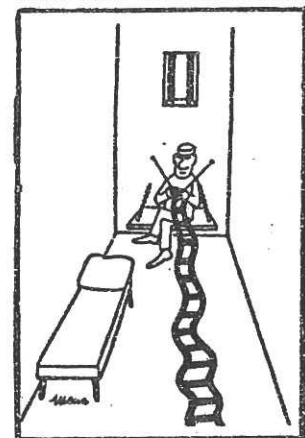
denen sie diese 'Probleme' zur fachkundigen Behandlung überläßt. Sie gliedert sie teilweise oder auf Dauer aus der Gesellschaft aus und kauft sich sozusagen aus der sozialen Verpflichtung frei.

"Straffälligkeit ist gleichermaßen Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse wie des Verhaltens der Gesellschaftsmitglieder.

Gehen wir vom Straffälligen aus, so ist die 'Gesellschaft' die Familie, die ihm Liebe versagt oder gegeben hat, ist die 'Gesellschaft' der Lehrer, der ihn behindert oder gefördert hat, ist die 'Gesellschaft' der Ausbilder oder Arbeitgeber, der ungeduldig war oder geduldig, ist die 'Gesellschaft' der Freund, der Arbeitskollege, der Behördenvertreter. Die Gesellschaft erfährt er in einer Vielzahl von Handlungen konkreter Personen ihm gegenüber, wie diese Handlungen auch immer begründet sein mögen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse finden also ihren Niederschlag für ihn im Handeln der staatlichen Institutionen und der Menschen ihm gegenüber.

'Die Gesellschaft' aber entledigt sich ihrer sozialen Verpflichtung gerade 'Problemen' gegenüber (Kranke, Alte, Waisen, Straffällige) gegenwärtig dadurch, daß sie Institutionen finanziert

Der Einzelne, in dem sich die 'Gesellschaft' ja jeweils konkretisiert, entläßt sich aus der Hilfeverpflichtung und beruhigt sich mit dem Gedanken,



daß mit seinen Steuergroschen Fachleute bezahlt werden, die ihm die Konfrontation mit Straffälligen ersparen sollen, sei es durch Besserung des Täters, sei es durch seine sichere Verwahrung.

Durch Entzug der Freiheit aber wird das Ziel, daß der "Gefangene im Vollzug fähig werden soll, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen", nicht erreicht,

denn:

1. Die Freiheitsstrafe ist kriminalpolitisch verfehlt

Die Wirkung der Freiheitsstrafe als Schutz der Gesellschaft vor dem Straffälligen ist nur eine scheinbare. Straffällige werden nur vorübergehend von der Gesellschaft ferngehalten.

Es ist seit Jahrzehnten wissenschaftlich belegt, daß durch die Freiheitsstrafe die sozialen Defizite der Straffälligen noch verstärkt werden, sie somit noch lebensuntauglicher werden.

Der Entzug der Freiheit bekämpft so nicht die Kriminalität, sondern wirkt kriminalisierend, indem neue Straffälligkeit erzeugt wird.

In den Strafanstalten werden zu 80 - 90 % Rückfalltäter erzeugt, deren Unverbesserlichkeit dann schließlich noch zur Rechtfertigung des Vollzugs durch Freiheitsentzug dient.

Eine wirksame Bekämpfung der Kriminalität aber durch Ansetzen an den Ursachen des Straffälligkeit veranlassenden abweichenden Verhaltens ist nur durch die Behandlung in Freiheit möglich.

Lediglich 5 - 10 % aller Insassen der Strafanstalten sind für die Gesellschaft so gefährlich, daß für diese spezielle Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Die Aufrechterhaltung der bestehenden Massenanstalten lohnt sich für sie nicht.

2. Die Freiheitsstrafe ist unwirtschaftlich
Sowohl für den einzelnen Straffälligen als auch für die Gesellschaft bringt die herkömmliche Form des Freiheitsentzugs große wirtschaftliche Nachteile mit sich.

Die Unterhaltung der bestehenden Massenanstalten verschlingt erhebliche Geldmittel, die durch die hohe Rückfallquote auf Dauer nicht nur nicht gesenkt werden können, sondern sich noch erheblich steigern werden.

Eine Behandlung in Freiheit würde nur einen Bruchteil dessen kosten, was die Unterbringung eines Straffälligen in der Anstalt kostet. Eine sinnvolle Behandlung in Freiheit würde außerdem langfristig die Kosten für die Bekämpfung der Kriminalität senken.

Hinzu kommt noch, daß der Straffällige durch den Freiheitsentzug aus seinem Arbeitsleben gerissen wird. So kann er nicht zum Unterhalt der Familie beitragen bzw. seine Schulden tilgen. Dadurch entstehen für die öffentliche Hand zusätzliche Kosten. Außerdem fehlt dem Straffälligen die

Zeit seines Freiheitsentzuges später bei seinen Rentenansprüchen.

Die somit durch den Freiheitsentzug für den Straffälligen entstehende wirtschaftliche Verschlechterung ist eine wesentliche Ursache für das Entstehen neuer Kriminalität.

3. Die Freiheitsstrafe ist inhuman

Das System der Freiheitsstrafe setzt nicht an den Ursachen der Kriminalität an und kann deshalb auch nicht gegen seine Ursachen ansetzen.

Stattdessen wird gerade der sozial schwache Mitbürger, dessen gesellschaftliche Isoliertheit vielfach einer der Hauptgründe seiner Straffälligkeit ist, weiter isoliert. Durch den Entzug der Freiheit wird der Straffällige aus der Gesellschaft ausgestoßen und all seine sozialen - voran die familiären - Beziehungen, die seine menschliche Existenz ausmachen, werden systematisch und nachhaltig zerstört.

Sexualität als notwendiger und wesentlicher Bestandteil dieser Beziehungen ist gänzlich unterbunden.

Anstatt Persönlichkeit zu bilden, wird die Persönlichkeit des Straffälligen

fälligen weiter deformiert bis hin zur Persönlichkeitszerstörung.

4. Die Freiheitsstrafe ist sozial schädlich

Die Freiheitsstrafe hat wesentliche Auswirkungen auch auf Nichteingesperrte und Nichtverurteilte. Für die Angehörigen von Straffälligen sind die Folgen vielfach erheblicher Einkommensrückgang, verbunden mit einem entsprechenden sozialen und ökonomischen Abstieg, und gesellschaftliche Diskriminierung.

5. Die Freiheitsstrafe ist undemokratisch

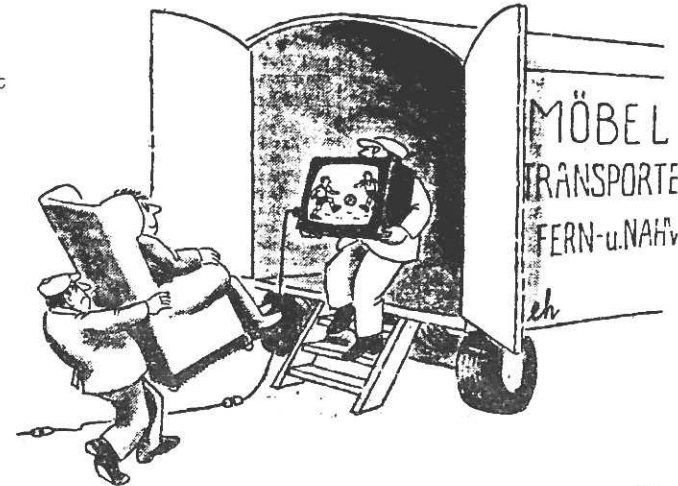
Der Straffällige wird von seinen demokratischen Betätigungen im Gemeinwesen abgeschnitten.

Die hierarchische, autoritäre Struktur der Anstalten verhindert etwaige Lern- und Nachholprozesse in Bezug auf demokratisches Verhalten. Vielmehr bestimmt anpasserisches Verhalten den Alltag des Gefangenen. Die Betätigungsmöglichkeiten des Gefangenen werden weitgehend unterdrückt. Er wird auf passive Haltung umgestellt und auf sein späteres Leben in Freiheit in Eigenverantwortung nicht trainiert.

Die Jungdemokraten sind sich bewußt, daß sich die Freiheitsstrafe nicht von heute auf morgen abschaffen läßt und geeignete Alternativen erst noch gesucht werden müssen. Versuche mit Verurteilungen zu sozialen Diensten deuten eine mögliche Richtung an (dies wird zum Beispiel in Berlin praktiziert).

Fußball ja ~ Folter nein

Die Fußball-WM 1978 ist vorbei. Kempes & Co haben den Titel gewonnen, Deutschland war schlecht und nun ist wieder alles in Ordnung. Von Folter keine Rede mehr. - Doch gerade den Jungdemokraten ist vorgeworfen worden, sie prangerten nur einen Teil der Länder wegen Menschenrechtsverletzungen an. Aber dazu ist ganz deutlich zu sagen, daß wir (und hier ganz besonders der Kreisverband Hochsauerland) auch bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau auf die Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion hinweisen werden. Auch dort werden Menschen gefoltert oder aus dem Verkehr gezogen. Deshalb sind wir weiter dafür: Auch in Moskau 1980



Heiz

Jürgen Klein

Olympia ja ~ Folter nein

FREIBADPREISE ZU HOCH ?



MARSBERG. Für die Einbeziehung der Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistenden über 20 Jahre in den

ermäßigten Schüler-tarif von 1,10 DM beim Eintritt zu den Bädern der Stadt Marsberg hat sich eine Initiativgruppe Marsberger Jugendlicher eingesetzt.

Ein entsprechender Antrag des F.D.P.-Ortsverbandes war vom Sportausschuß abgelehnt worden. Vrsitzender Helmut Viotor (CDU) teilte in seinem Begründungsschreiben mit, daß man dann auch

Arbeitslosen den günstigeren Tarif einräumen müßte und somit für diese Änderung kein Bedürfnis bestehe. Zu dieser Verlautbarung brauchten Bürgermeister, Stadtverwaltung und Sportausschuß 7 Monate Zeit.

Weitere Informationen sind beim F.D.P.-Ortsverband und bei Jürgen Jesper, Niedermarsberg, Hauptstraße 9, erhältlich.

Die Freiheit ist in Gefahr
Für die Verteidigung der Menschenrechte überall auf dieser Welt!

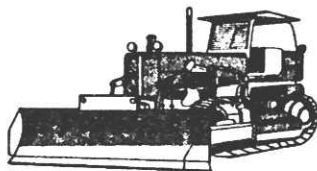
Ihr Fachgeschäft für

- Einlagen
- Bruchbänder
- Leibbinden nach Maßanfertigung
- Gummistrümpfe
- Großorthopädie

KNAPP ORTHOPÄDIE-TECHNIK

Clemens-August-Str. 42, Telefon (02931) 4617, 5760 Arnsberg 2

Ihr
Tiefbau-
Unternehmen



HELMUT LENGER

Hammerweide 28 — 5760 Arnsberg 2
Telefon 3413

Gefängnisskandal in Werl ?

Prozess gegen Flugblattverteiler

In einem Flugblatt, das durch einige nicht-organisierte Jugendliche vor der Ausstellung "Kunst im Knast" in Arnsberg am 6. Mai 1977 verteilt wurde, sollte auf skandalöse Umstände in der Haftanstalt Werl aufmerksam gemacht werden.

Folgende Vorwürfe wurden in diesem Flugblatt erhoben:

Lothar Gend, Gefangener in Werl, soll die ärztliche Behandlung er leidet an Gelenkrheuma und einer geschwürigen Dickdarm-



entzündung - und der Besuch eines Rechtsanwaltes zunächst verweigert worden sein. Erst nach einem Monat wurde bei einer Untersuchung festgestellt, daß bei weiterhin unzureichender medizinischer Behandlung Lebensgefahr bestehe. Bis heute soll er noch nicht genügend behandelt worden sein.

Am "Heilig-Abend" 1976 wies der Gefangene Eicker einen Mitgefangenen darauf hin, daß er wohl wegen unzureichender Behandlung durch den Arzt seine Reststrafe nicht überleben

werde. Sein Kamerad Diesing beschwerte sich daraufhin bei einem Aufsichtsbeamten, woraufhin er barsch zurückgewiesen worden sein soll. Am gleichen Abend hören mehrere Gefangene Klopfzeichen aus Eickers Zelle, der demnach wohl auch den Notruf betätigt haben wird. Am anderen Morgen wurde Eicker um 7.15 Uhr in einem akuten Herzinfarkt gefunden. Der Arzt traf aber erst um 9.00 Uhr ein, als Eicker schon tot war. Bei einem Ermittlungsverfahren in der Arnsberger Staatsanwaltschaft soll der Zeuge Diesing gewaltsam aus dem Büro geworfen worden sein, als er die Umstände des Todes kritisierte. Weiterhin soll ihm angedroht worden sein, bei Verbreitung dieser Vorfälle auf eine psychiatrische Sonderstation verlegt zu werden. Soweit zum Inhalt des Flugblattes.

Ich habe viele Bürger gehört, die gesagt haben, man solle doch auf "gewöhnlichen Wegen" solche Umstände anprangern, das heißt, die Gefangenen sollten gegen das Anstaltspersonal klagen. Dazu möchte ich aus einem anderen Bericht einiges anführen: Der Gefangene Birkhammer soll sich bei dem Verantwortlichen Beamten darüber beschwert haben, daß ein

Brief von ihm nicht angekommen sei. Der Wärter Brecht soll daraufhin zu ihm gesagt haben er würde ihn "auf die richtige Größe zurechtstutzen" und klemmte ihm beim Herausgehen seinen Arm zwischen Tür und Wand ein. Noch am gleichen Tag soll er von Brecht und einem anderen Wärter angefallen und verprügelt



worden sein. Mit gebrochenem Schlüsselbein sei er in eine Beruhigungszelle gesteckt worden.

Nach Berichte der Flugblattverteiler sind 4 (!) Mitglieder des Anstaltspersonals nachweislich NPD-Mitglieder, der Partei, die den Gefangenen die Menschenrechte nicht gewähren will.

Auf schlechte Haftbedingungen ist auch die Westfalenpost vom 27.5.78 eingegangen: sie berichtet über "Dreimannbunker" von nur 11 qm und sagt, daß jeder deutschen Einzelkinder mehr Raum zur Verfügung steht. Dazu kommt die hohe Arbeitslosenquote von 30 Prozent.

In dem Flugblatt "Gefängnisskandal in Werl" wurde die Wer-

ler Anstalt als "Totenmühle" bezeichnet und die Frage gestellt: "Wer will eigentlich garantieren, daß einige Wärter nicht zu anderen Zeiten vielleicht in Konzentrationslagern ihrem tödlichen Handwerk nachgegangen wären?" Daraufhin fand im Arnberger Amtsgericht ein Prozeß wegen Beleidigung der Justizvollzugs-



beamten statt. Am 28. April kam es dann im überfüllten Gerichtssaal zur Verhandlung.

Der Hauptbeschuldigte sprach sich als erstes von dem Flugblatt los, weil er von dieser speziellen Aktion nicht informiert war, erklärte sich aber mit dem Inhalt des Flugblattes einverstanden. Die anderen Drei wollten mit dem Flugblatt nicht jemanden konkret beleidigen, sondern nur die Öffentlichkeit informieren. Der Staatsanwalt erkannte das Recht auf freie Meinungsäußerung an, legte die Einzelformulierungen aber als Beleidigung aus. Die Werturteile wären rechtswidrig und vorsätzlich verwendet worden, demnach müßten sie nach § 185 StGB verurteilt werden. Er be-

antragte 10 Tagessätze zu 30 DM.

Die beiden Rechtsanwälte hielten dagegen, daß der Ehrenschutz der Gefangenen fast nichts gelte, und stellten dann ausführliche Beweisansprüche, die die Zustände in Werl aufklärten sollten, diese wurden aber abgelehnt, da sie bei der Beleidigungsklage unerheblich und ungeeignet wären.

Im Verlaufe des Prozesses blieb nur noch der Begriff "Totenmühle" übrig, der zwar als Beleidigung aufzufassen sei, im Bekanntschaftskreis der Angeklagten keine wichtige Bedeutung habe, deshalb könne er von den Angeklagten auch nicht vorsätzlich gebraucht worden sein.

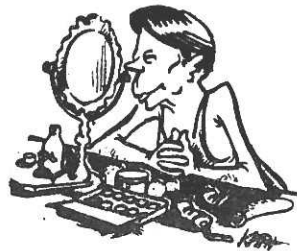
So kam es dann auch zum Freispruch.

Fazit: ein gerechter Freispruch, bei dessen Zustandekommen die Zustände in Werl un- aufgeklärt blieben.

Die gegen die Vollzugsbeamten erhobenen Vorwürfe müssen vollständig aufgeklärt werden, Mißstände gegebenenfalls beseitigt werden. Der Gedanke, daß Gefangenen ausreichende medizinische Behandlung verweigert werden könnte, ist unerträglich. Ferner stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien Vollzugsbeamte ausgewählt und ausgebildet werden und wie die Einhaltung der Rechte der Gefangenen sichergestellt wird. Wer näheres über die gegen die Vollzugsanstalt Werl erhobenen

Vorwürfe wissen möchte, wende sich an:
Hans-Jürgen Villnow
Entropferstraße
5760 Arnberg 2

Martin Ottensmann



Ratgeber für Stellungssuchende

Die Süddeutsche Zeitung hat einen Ratgeber für Stellungssuchende herausgegeben, der viele praktische Tips für Bewerber enthält und kostenlos beim Süddeutschen Verlag angefordert werden kann.

Die Anschrift:
Süddeutscher Verlag
Anzeigenverkauf Personalanzeigen 21
Postfach 202220
8000 München 2

Tips für Studienanfänger

können kostenlos bei den Jungdemokraten im Hochsauerlandkreis angefordert werden. Anfordern bei:
Martin Ottensmann
Am Kanzelweg 10
5760 Arnberg 2

Kindergarten Niedereimer:

Die Arbeiterwohlfahrt kann nun ihre schon seit Jahren gefaßten Pläne, einen Behindertenkindergarten zu errichten, verwirklichen. Der Jugendwohlfahrtsausschuß der Stadt Arnberg hat in der letzten Sitzung beschlossen, der 'AWO' die Trägerschaft für das 2,6-Millionen-Projekt vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtvertretung zu übertragen. Das Projekt soll in Niedereimer realisiert werden. Es handelt sich um eine Modelleinrichtung mit Behindertenkindergarten, Tagesstätte und Kindergarten.

Dieser Entscheidung vorausgegangen waren eine Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses mit heftiger Debatte und eine Informationsfahrt. Das Wagnis, zu dem sich die meisten Ausschußmitglieder zunächst nicht durchringen konnten, besteht darin, dem geplanten

Behinderte integriert

Kindergarten für den Ortsteil Niedereimer den derzeit in Bachum bestehenden Sonderkindergarten der 'AWO' für behinderte Kinder, der wegen der erheblichen Folgekosten bald nicht mehr aufrechterhalten werden kann, anzugliedern. Ohne diese Koppelung wäre eventuell das gesamte Bauvorhaben in Frage gestellt gewesen, da die Sollstärken bei den Gruppen des Kindergartens nicht erreicht worden wären.

Die F.D.P. plädierte für eine schnelle Entscheidung. Von Seiten der CDU wurde zunächst befürchtet, daß die Eltern den Versuch nicht unbedingt annehmen würden, was dazu führen könnte, daß der künftige Kindergarten in Niedereimer nicht ausreichend frequentiert würde. Zwar wird in unserer Gesellschaft viel über die Integration von Behinderten geredet,

aber die weitaus meisten schrecken vor einer direkten Beteiligung zurück. Es ist eben leider noch nicht selbstverständlich, auch das Lebensrecht behinderter Menschen anzuerkennen.

Aufschluß brachte eine Besichtigungsfahrt der Ausschußmitglieder zu vergleichbaren Einrichtungen in Unna-Königsborn und Dortmund-Aplerbeck. In beiden Fällen war der Eindruck sehr positiv. Die Gruppen der behinderten und der gesunden Kinder waren entsprechend den landesrechtlichen Vorschriften getrennt in verschiedenen Gebäu-



RANDGRUPPE

Ihr Fachmann für

Foto-Arbeiten

schnell und preiswert!

5760 ARNSBERG 1
Bahnhofstraße 29
Tel. (02932) 33456

OPTIK-FOTO

ROTTLER

Neheim und Hüsten

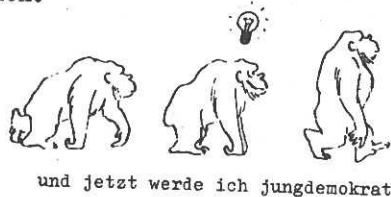
5760 ARNSBERG 1
Hauptstraße 3 Postfach 224-C
Tel. (02932) 22627

deteilen untergebracht, im Freibereich jedoch konnten die Kinder gemeinsam spielen. Die Integration wurde von allen begrüßt. Bei den Kindern gab es keine Vorurteile, nur bei einigen Eltern anfangs. Sehr erfreulich das soziale Engagement der Eltern der gesunden Kinder für die Behinderten, das zum Teil sogar ganz beachtlich war.

Zu dem Modellkindergarten in Niedereimer hat der

Landesratsverband Westfalen-Lippe schon seine Zustimmung gegeben und steht voll dahinter - ein positiver Beitrag, das Bewußtsein für Behinderte zu erweitern.

Der Beitrag stammt von Liesl Venedey, Mitglied des Jugendwohlfahrtsausschusses der Stadt Arnsberg, und ist der F.D.P.-Bürgerinformation "HOCHSAUERLAND LIBERAL" entnommen worden.



ER & SIE Jeans-
laden

Arnsberg 2
Promenade 1

ZWEIRÄDER

Es ist
ein alter
Brauch:
wo repariert
wird,
kauft man
auch!

von
RÖSNER

Verkauf · Service · Reparatur
Ecke Henze-/Clem.-Aug.-Str.
ARNSBERG 2 · ☎ 14049

Veitstanz



von Fritz Deppert

Bei uns hängt das Kreuz sogar in der Wirtsstube. Wir leben christlich. Unser Bier ist gut. Bei uns ist morgens die Kirche voll und abends die Wirtschaft.

Da sitzt die Jugend. Bei wem sitzt sie, bei unserem Herrn Pfarrer. Wir lassen uns das nicht kaputt machen, wir nicht. Da werden wir grob. Da schlagen wir zu. Wo wir hinschlagen, wächst kein Gras mehr. Warum haben sie unseren Pfarrer absetzen wollen, weil sie alle Kommunisten sind. Die gehören aufgehängt, ersäuft hören die, die Häuser gehören ihnen über dem Kopf angesteckt. Wenn sie noch mehr Schwierigkeiten machen, tun wir das auch, und wenn wir das Feuer mit Gesangsbüchern anstecken müssen.

Nichts als unser Recht haben wir behauptet. Fragen sie den Herren Pfarrer. Er hat gesagt: "Wenn

Wir die blöden Kinder ins Dorf lassen, bleiben die Urlauber draußen. Dann ist Schluß mit dem schönen Geld." Aber wir lassen uns unser Wirtschaftswunder nicht kaputt machen. Der Bürgermeister hat den Doktor gewarnt: "Und kann ihr Vorhaben nicht hingenommen werden", hat er ihm geschrieben. Aber das ist so einer von denen, wenn's da Bier regnet, fehlt denen der Löffel. Wie sie doch gekommen sind, haben wir sie halt ein bißchen erschreckt. Wo die eh blöd sind. Wir haben ihnen Prügel angeboten. Die Schippenstiele haben wir in der Hand gehabt. Aber der Herr Pfarrer hat gesagt, daß es nur harmlos war, ein Spaß fürs Dorf. Er war ja dabei, und einen Stock hat er auch geschwungen.

Den Doktor, der das ganze angestiftet hat, haben wir verprügelt. Um ihn zu erschrecken, haben wir dabei gerufen: "Bringt ihn um!" Da ist er in seinem verbeulten Auto weggefahren. Das war auch gut so, sonst wäre es richtig losgegangen. Ins Krankenhaus ist er gefahren. Der verträgt halt nichts. Der will nur eine Entschädigung rausholen. Wir kennen das.

Außerdem wollte der nur eine Goldgrube aus den Kindern machen. Wenig zu essen und viel Geld dafür nehmen. Und das Personal. Zeugen Jehovas, Adventisten. So was lassen wir nicht in unser Dorf. Da soll der Papst für dankbar sein. Statt dessen wollen sie unseren

Pfarrer rausschmeißen. Wenn das so weitergeht, verbrennen wir die Rosenkränze vor unserem Bischof. Er muß kuschen, sage ich, unser Pfarrer gehört wieder in die Kirche.

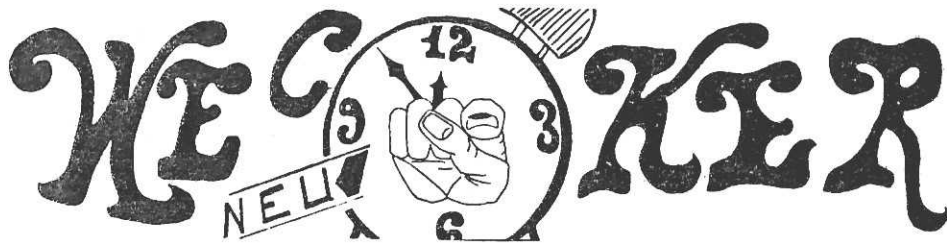
Das war früher anders. Da war Ordnung im Land. Da wäre so etwas nicht vorgekommen. So Leute hätte man eingesperrt, daß sie's nicht überlebt hätten samt der blöden Kinder.

Als der Bagasch geflohen war, haben wir ein Fest gefeiert. Der Bürgermeister und der Wirt haben Freibier gestiftet und Schweinsaxen. Ein Feuer haben wir gemacht, die Axen gebraten und gesungen haben wir.

Plötzlich hat das Haus gebrannt.

Wir waren es nicht. Das waren die anderen. Die wollen uns was anhängen. Wir haben gelöscht, daß das Wasser aus allen Ritzen floß. Da hat sich kein Funke halten können. Unsere Feuerwehr ist tüchtig. Als das Feuer aus war, gab's Starkbier. Der Herr Pfarrer hat gebetet. Der Bürgermeister hat Dankesworte an die Feuerwehr gesprochen. Die von der Schloßbrauerei haben mit uns geprostet. Das war ein richtig schönes Fest. Da zehren wir noch von. Sehen Sie nur, wie die Jugend den Pfarrer hochleben läßt. Die Schloßbrauerei kann gar nicht soviel Bier herfahren, wie wir zur Erinnerung an unseren Sieg austrinken müssen. Aber es schmeckt nicht so ganz. Ja, wenn die Welt anders wäre, dann tät's besser schmecken.

Neue Schülerzeitung in Sundern:



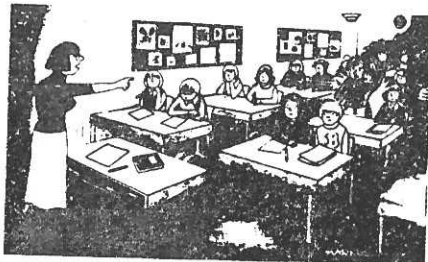
Die Ausgabe Nr. 1 der Schülerzeitung "Wecker" nicht gedruckt" massiv ist in Sundern erschienen. "Überkonfessionell-überparteilich-über die Schule" heißt es auf der Titelseite. Doch wird erwartet, daß es sich aus diesen Gründen um ein langweiliges Freizeitmagazin oder um Art "Comic" handelt, sieht sich getäuscht.

Hautnah an den Problemen der Schüler wird berichtet über "Tricks bei Tests", das neue Schulmitwirkungsgesetz und den Schulsport (Titel: "Muß Kotzen sein?").

Nachdrücklich werden die Schüler aufgefordert, ihre Interessen in der SMV selbst wahrzunehmen; lesenswert die Glosse "Tod in der Aula", die sich mit der mangelnden Schülerbeteiligung an SMV-Veranstaltungen beschäftigt. Auf der Titelseite wird auf die Probleme der "Wecker"-Redaktion hingewiesen, einen geeigneten Raum für die Schülerzeitung zu finden. Der Vorläufer des Wecker wurde früher bei der Stadt gedruckt, wobei es vorgekommen ist, daß die Verwaltung unter dem Motto "Entweder den Artikel raus oder

die Zeitung wird nicht gedruckt" massiv ist in Sundern erschienen. "Überkonfessionell-überparteilich-über die Schule" heißt es auf der Titelseite. Doch wird erwartet, daß es sich aus diesen Gründen um ein langweiliges Freizeitmagazin oder um Art "Comic" handelt, sieht sich getäuscht.

Bemerkenswert ist die Initiative der Schüler, für ihre Interessen einzutreten.



Aus: Wecker Nr. 1

Das finanzielle Problem haben die Sunderaner mit Anzeigen (1/4 der Ausgabe) und dem Preis von -,20 DM gelöst.

Wir Jungdemokraten würden uns freuen, wenn der eine oder andere Redakteur oder sonstige Sunderaner sich politisch bei uns Jungdemokraten betätigen würde. Wer so engagiert für die Schüler und ihre Rechte kämpft, sollte auch die schwarze Über-

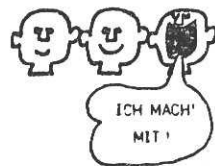
macht in Sundern politisch bekämpfen!

P.S. Allen interessierten Sunderanern (natürlich nicht nur diesen) schicken wir gerne Informationsmaterial über die Jungdemokraten zu. Postkarte genügt! Unsere Anschrift:

"Wir schreiben jetzt einen Test, der zentralisiert wird!"

"Lesen Sie erst mal den neuen 'Wecker', Frau Ignorantia"

Martin Ottensmann
Am Kanzelweg 10
5760 Arnsberg 2



JUNGDEMOKRATEN
LIBERAL
radikal

Lesermeinung



Zur Stellungnahme der Jungdemokraten zum Abenteuerspielplatz Moosfelde schreibt uns Beate Stegers. Wenn Leserbriefes auch in der Regel nicht der Meinung der Redaktion entsprechen, so schließt sich die Redaktion in diesem Fall der Meinung der Verfasserin an. (Vergleiche LUPE Nr.2/1978, Seite 5)

"In der letzten Ausgabe der LUPE berichtet Liesl Venedey über die Möglichkeiten, den Moosfelder Abenteuerspielplatz kindgerecht zu gestalten. Aufsätze der betreffenden Kinder und Jugendlichen mit dem Thema "Wie stelle ich mir unseren Spielplatz vor" sollen von Moosfelder Pädagogen ausgewertet und der Verwaltung zugesandt werden. Fraglich ist dabei, wie die Aufsätze ausgewertet werden und wie groß ihr Einfluß auf die Verwaltung ist.

In ihrer Stellungnahme zu diesem Bericht lehnen die Jungdemokraten die Form des Aufsatzschreibens ab, weil sie bei der Auswertung eine starke Manipulation befürchten. Statt dessen schlagen sie eine Fragebogen-

aktion vor.

Zunächst leuchtet es jedem ein: Aufsätze sind in ihrem Inhalt und in ihrer Auswertung durch den Lehrer manipulierbar. Je nachdem wie das Lehrer-Schüler-Verhältnis in der betreffenden Klasse ist, können die Aufsätze die Meinung des Lehrers widerspiegeln oder aber die eigenen Vorstellungen der Schüler beinhalten. Die Auswertung kann nie so zahlenmäßig klar und eindeutig verlaufen wie bei einer Fragebogenaktion, denn hier geht es ja nicht um Kreuzchen, die einfach gezählt werden, sondern um individuelle Aussagen, die von dem Lehrer erst einmal richtig verstanden werden müssen. Derselbe Aufsatz kann von verschiedenen Lehrern unterschiedlich aufgefaßt werden. Die Subjektivität spielt hier eine große Rolle. Eine Fragebogenaktion dagegen scheint auf den ersten Blick objektiver zu sein. Die Ergebnisse der Auswertung liegen in Zahlen vor, man glaubt zu wissen, welche Art von Spielgerät be-

sonders beliebt ist und welches ausgeschlossen werden kann. Trotz alledem glaube ich, daß ein vorgefertigter Fragebogen leicht an den wirklichen Bedürfnissen der Kinder vorbeigehen kann. Ein Fragebogen läßt dem Befragten nur beschränkte Möglichkeiten offen, seine Meinung zu äußern. Seine Freiheit besteht darin, einen Vorschlag zu akzeptieren oder ihn abzulehnen. Vielleicht aber hat der Befragte noch ganz andere Ideen und Pläne, die in dem Fragebogen gar nicht berücksichtigt werden. Oder aber er kann eine Frage nur unter bestimmten Bedingungen mit "Ja" oder mit "Nein" beantworten, der Fragebogen aber erwähnt diese Bedingungen aber gar nicht. So kann es vorkommen, daß die Fragen gar nicht oder sogar falsch beantwortet werden. Alle diese Probleme werden in den Ergebnissen der Auswertung nicht sichtbar und deswegen nicht beachtet. Ein scheinbar objektives Ergebnis liegt vor, aber nur scheinbar, denn auch durch einen Fragebogen kann manipuliert werden. Im Unterschied zu den Aufsätzen geschieht die Manipulation hier, wenn auch oft unbeabsichtigt, nicht erst bei der Auswertung, sondern schon viel früher, nämlich schon bei der Aufstellung der einzelnen Fragen. Wer garantiert, daß die Fragen die Wünsche der Kinder beinhalten? Von der befürchteten Manipulation wird also beide Möglichkeiten, Aufsätze und Fragebogen,

nicht frei.

Eine sinnvolle, aber mit wesentlich mehr Aufwand verbundene Lösung wäre eine Kombination beider Wege:
Erstellung eines Fragebogens auf den Grundlagen der Auswertung von Aufsätzen. Dabei wäre folgendes zu beachten:

1. Die betreffenden Lehrer sollten genau über Sinn und Zweck dieser Aktion informiert werden.
2. Die Aufsätze sollten nicht unter Leistungsdruck geschrieben werden.
3. Die Auswertung und die Erstellung des Fragebogens sollte durch Schüler, Eltern, Lehrer und weitere Personen, die in irgendeiner Form an dem Projekt beteiligt sind, geschehen.

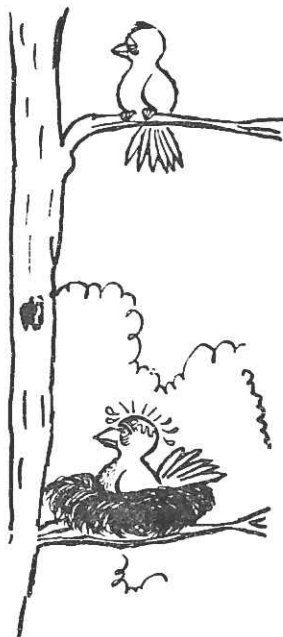
Auf diese Art wäre es möglich, die tatsächlichen Wünsche der Kinder mit in die Planung einzubeziehen, denn ein Aufsatz gibt ihnen wesentlich mehr Freiraum, sich zu dem Problem zu äußern und fruchtbare Vorschläge anzugeben. Der darauf aufbauende Fragebogen gibt die Möglichkeit, in annähernd objektiver Form zu überprüfen, welche Wünsche die häufigsten sind."

Leserbriefadresse:
Martin Ottensmann
Am Kanzelweg 10
5760 Arnsberg 2

HURRA!

Nun doch Abenteuerspielplatz für Moosfelde

Eine Wette verloren hätte die Redaktion der LUPE, wenn jemand sie eingegangen wäre.



In der letzten Ausgabe hieß es in dem Artikel "Zuschuß für St. Ursula-Lyzeum": "Wollen wir wetten, daß die eigenständige pädagogische Betreuung (des Abenteuerspielplatzes in Moosfelde) letztendlich aus finanziellen Gründen unterbleiben wird?"

Nun ja, wir haben uns geirrt - glücklicherweise. Der Stadtrat hat nämlich beschlossen, den Abenteuerspielplatz

pädagogisch betreuen zu lassen.

Interessant jedoch, wie es zu diesem Beschluß gekommen ist.

Nach mehrmaligen hin und her zwischen Ausschuß und Parlament, stand die Frage Ende Juni im Stadtrat zur Entscheidung an.

Für die CDU-Fraktion erklärte deren Vorsitzender, Norbert Hesse, daß für sie die Ablehnung seit einem halben Jahr aus finanziellen Gründen feststehe, SPD und F.D.P. erklärten, daß die pädagogische Betreuung bei einem Abenteuerspielplatz unverzichtbar sei. Bemerkenswert, daß der CDU tags zuvor die Bewilligung von zwei neuen Stellen im Bereich der Müllabfuhr, ein Projekt der gleichen finanziellen Größenordnung, nicht zu teuer war, obwohl die Verwaltung nicht in der Lage war, anhand konkreter Zahlen deren Notwendigkeit nachzuweisen.

Große Überraschung dann jedoch bei der Abstimmung: 2 "Ja"-Stimmen und 3 Enthaltungen aus den Reihen der CDU besicherten der "pädagogischen Betreuung" eine Mehrheit.

Bleibt der Eindruck, daß mancher sich als Hüter der Finanzen ausgibt, der aus anderen Gründen Fortschritt verhindern will.

Thomas Jarck

Grüne statt Liberale ?

Nach den Wahlen von Hamburg und Niedersachsen geht ein Gespenst um: die "Grünen".

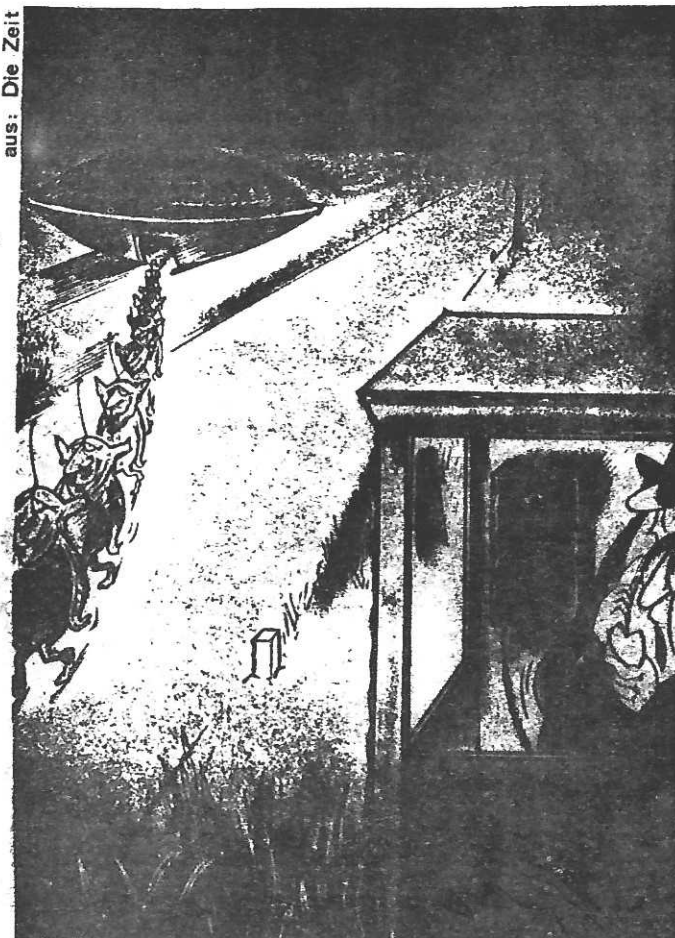
Doch was ist das eigentlich, die "Grünen"? Ist das eine neue Bewegung, eine neue, konsequente "Kraft der Erneuerung", ähnlich der F.D.P. Ende der Sechziger, Anfang der Siebziger Jahre? Mit Themen, die von den etablierten Parteien, einschließlich der F.D.P., vernachlässigt worden sind? Entsteht da eine Partei, für die zu engagieren sich wieder lohnt?

Gerade die Jungdemokraten haben sich in der F.D.P. immer wieder für den Umweltschutz und gegen Kernkraftwerke eingesetzt - und in den Kieler Beschlüssen zur Kernenergie im letzten Jahr nach vorhergegangenen Erfolgen ihr "Waterloo" erlebt. Einige haben damals gesagt: "Toll, wie ihr gekämpft habt, doch leider hat es nicht gereicht, wir können uns mit dieser F.D.P. nicht mehr identifizieren." Diese gehören sicherlich zu denen, die in der neuen "grünen" Partei ihre Chance sehen. Übersehen haben sie aber, daß die Anti-Kernkraft-Bewegung in der F.D.P. doch etwas bewirkt hat, nämlich keine neuen KKW's mehr zu planen, auch wenn das sicherlich nicht

genug ist. Übersehen haben sie, daß mit ihrer Abkehr von der F.D.P. die in Kiel nur ganz knapp unterlegenen umweltbewußten Kernenergiegegner geschwächt werden. "Dies kann man hinnehmen, gibt es doch

jetzt die konsequente Umweltschutzpartei", wird sicherlich der eine oder andere sagen. Betrachtet man die "Grünen" in Hamburg, Niedersachsen und neuerdings auch im Bundesgebiet, so fällt sofort auf:

aus: Die Zeit



»Verbinden Sie mich sofort mit Genscher, ich habe eine wichtige Meldung zu machen«

außer dem originären Bereich der Atomenergie und der Atompolitik, sammeln sich hier sehr unterschiedliche politische Auffassungen. Das Programm der GLU in Niedersachsen ist beispielsweise darauf angelegt, keinem weh zu tun. Exemplarisch ist die bildungspolitische Forderung "Auswertung der Erfahrungen aus Gesamtschulen und Schulversuchen und Umsetzung positiver Ergebnisse in die Praxis".

Was sagen die "Grünen" zu Radikalerlaß und Numerus Clausus? "Die GLU fordert das Recht auf Berufswahl ohne Diskriminierung politisch Andersdenkender." Dieser Satz könnte auch von der CDU stammen! Was soll man von der Forderung von Gruhl's "Grüner Aktion Zukunft" halten, daß die Mütter wieder mehr in den gesellschaftlichen Mittelpunkt gerückt werden müssen?

Unter dem Motto "Wenn die GLU oder GAZ erst einmal im Landtag oder Bund-

estag sitzt, wird schon alles besser werden", vertraut man darauf, daß sich die "Grünen" schon noch ein Programm geben werden und dann auch in allen nicht mit dem Umweltschutz verbundenen Bereichen, zu denen man in den Parlamenten ja auch Stellung nehmen muß, eine vernünftige und fortschrittliche Politik machen werden.

Gerade in Hamburg und jetzt bei der Gründung der bundesweiten GAZ ist eines deutlich geworden: von rechten Romantikern bis zu K-Gruppen ist bei den Grünen alles vertreten. Bei Konkretisierung der Programme wird sich die "grüne" Bewegung unweigerlich spalten (wie in Hamburg schon geschehen) und an Schlagkraft einbüßen. Daran werden auch die opportunistischen Bestrebungen, mit anderen unzufriedenen Gruppen, wie den Steuerprotestlern Wredersdorf's, zusammenzugehen, nichts ändern. Im Gegenteil: gerade die Umstände bei der Gründung der GAZ (Parteiengründung von

**ATOMKRAFT
IST
TODSICHER**



**NUTZEN
WIR DIE
NATURKRÄFTE**



GLU-Wahlplakat
Werbung auf Umweltschutzpapier

oben nach unten; mit Steuerprotestlern oder ohne; das Manifest) und der Versuch der K-Gruppen in Hamburg, die "Grünen" für ihre Zwecke zu mißbrauchen, zeigen, daß die "Grünen" auch nicht die Glaubwürdigkeit besitzen, die man bei anderen vermisst.

Wer "grün" wählen will, muß sich überlegen, daß als Ergebnis vielleicht das Scheitern der Grünen mit der Zerstörung der Liberalen verbunden ist.

Wem das wohl nützt?

Horst Kloppeck

Lehrjahre ...

... sind keine Herrenjahre

10-Stunden-Tag, "wo gibt es das denn noch für Lehrlinge?" hört man oft, wenn von überlangen Arbeitszeiten von Lehrlingen die Rede ist.

Ein Lehrling, der aus begreiflichen Gründen nicht genannt werden möchte, sagte zu mir, daß er "kaputt" sei: 9 - 10 Stunden arbeite er durchschnittlich in seinem (Handwerks-) betrieb. Da er noch keine 18 Jahre alt ist, gelten für ihn eigentlich die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes. Er dürfte also eigentlich nicht mehr als 8 Stunden täglich arbeiten. Es grenzt an eine Schweinerei, daß er dann noch nicht einmal die Überstunden bezahlt bekommt.

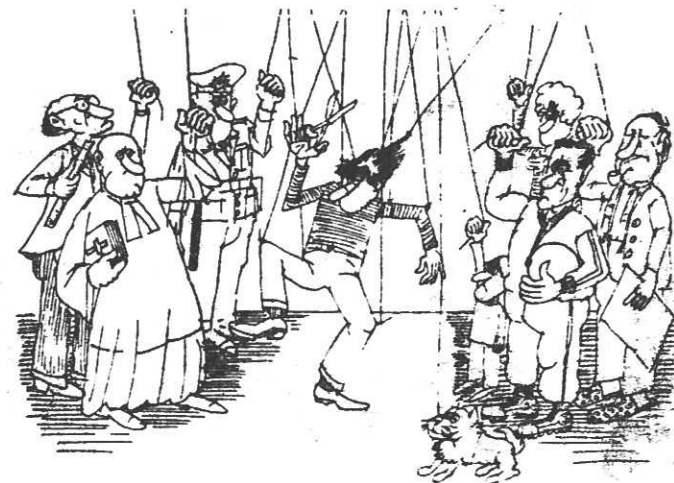
(Was vielleicht daran liegt, daß das Vergehen gegen das Jugendschutzgesetz sonst leichter nachzuweisen wäre) Dazu komme, daß er in seinem Betrieb auch noch laufend "angemeckert" werde, weil er nichts "könne". (Warum ist er wohl 'Lehrling'?)

Das Schlimme daran ist, daß es sich nicht um einen Einzelfall handelt, sondern, daß die meisten in seiner Klasse so behandelt werden. Es scheint, daß mit zunehmender Lehrstellenknappheit das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht mehr so ernst genommen wird. Ich höre die Leute schon sagen, "soll er doch zu seinem Chef gehen und sagen, was

ihm zusteht". Was meint ihr, was dann passieren würde? Lange hält es der Chef bestimmt nicht mit seinem Lehrling aus. (Und ein passender Grund zur Kündigung läßt sich allemal finden)

Es ist für mich ganz klar, warum sie Angst haben, und wenn man einmal rausgeflogen ist, bekommt man so schnell nicht wieder eine Lehrstelle. Denn die sind ja bekanntlich knapp.

*Euer
Wyfly*



Ingo im Rollenkonflikt. Aus: Arbeitsbuch Politik

Karikatur: Walter K. 1994

Stell's Radio ein,
wo immer Du bist.
Laß TV Dich erfreuen,
wenn im Freien
Freizeit ist!

interfunk

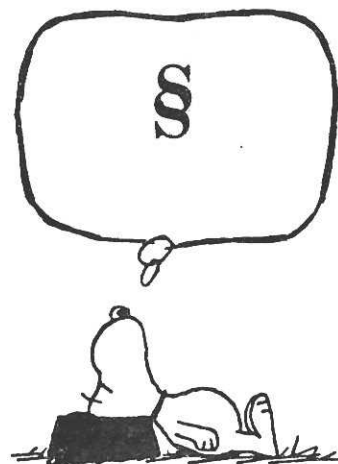
RADIO BUCHARDT

Gutenbergplatz und Alter Markt

Allgemeine Hundefreiheit

von Adolf Glassbrenner

Der Magistrat von Oheu geht um, die Hundesteuer aufzuheben und eine allgemeine Hundefreiheit einzuführen. Unverbürgte Nachrichten sagen, es sei bereits eine Kommission niedergesetzt, welche nachfolgenden Entwurf einer Hundeverfassung vorlegen würde.



WIR

von Oheus Gnaden, Magistrat von Oheu, erklären für das ganze Gebiet unserer Residenzstadt hiermit öffentlich, feierlichst und für ewige Zeiten die vollkommene Hundefreiheit wie folgt:

- § 1. Alle Gewalt geht vom Magistrat aus.
- § 2. Die Regierungsform ist die hündisch-monarchische. Die Freiheit der Hunde ist unantastbar.
- § 3. Da aber Freiheit ohne Ordnung und Gesetz nicht möglich ist, so sichern wir die Oheuer Hundefreiheit durch die nachfolgenden Gesetze.
- § 4. Kein Hund darf blaffen oder bellen.
- § 5. Jeder Hund muß an einem Strick geführt werden.
- § 6. Von den §§ 4 und 5 sind nur die größten Schweinehunde ausgenommen, welche frei umhergehen und ungehindert bellen dürfen.
- § 7. Jeder Hund muß ein schwarzweißes Halsband* tragen, auf welchen die Worte "Mit Gott, für König und Vaterland" stehen.
- § 8. Außerdem muß jeder Hund da, wo der Schweif beginnt, einen Reif mit dem Oheuer Magistratsstempel tragen.
- § 9. Kein Hund darf sich zu einem anderen Kunststück als zu dem, einen sogenannten "Diener machen", abrichten lassen.
- § 10. Das bekannte Nachforschen, Spionieren der Hunde, darf in keiner Weise, obschon eine anständige Form desselben wünschenswert wäre, in keiner Weise beschränkt werden.
- § 11. Die Moralität und Reinheit der Stadt Oheu machen es notwendig, die bisherigen unvermeidlichen, natürlichen Äußerungen der Hunde auf ein dazu gesetzlich zubestimmendes Lokal zu beschränken. (Die Minorität verlangt sogleich zu diesem Zweck die Redaktionslokale der Neuen-Oheuer und der Tante-Zeitung** anzukaufen.)
- § 12. Jeder Liebhaber und jede Liebhaberin bedarf fortan eines vom Oheuer Magistrat auszustellenden Heiratsseheines.
- § 13. Sämtliche Hundebesitzer-mit Ausnahme derjenigen, welche die Hunde zu ihrem Geschäft gebrauchen- sind Urwähler. Diese Urwähler wählen -denn nur so kann eine breiteste Grundlage verstanden werden- 100 Wahlvertreter, welche ihrerseits 50 Wahlmänner wählen, aus deren Mitte mittels d i r e k t e r Wahl 10 Abgeordnete behufs Verein-einbarung einer Hundeverfassung hervorgehen***. Nachtrag. Sollte die Hundebesitzerkammer verlegt und vertagt werden***, so hat der Magestrat r e c h t u n d j e d e r H u n d i s t a n g e w i e s e n, f r e u - d i g z u w e d e l n, wie andere anständige Hunde immer tun. K n u r r e n d e werden standrechtlich erschossen.

Oheu im strengen Wintermond.

DIE KOMMISSION FÜR ENTWURF EINES ENTWURFS
ZUR VEREINBARUNG EINER HUNDEVERFASSUNG BEHUF
DER ZUGESTATTENDEN HUNDEFREIHEIT

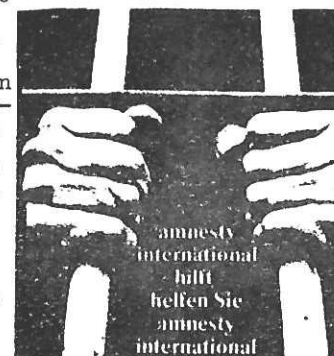
*preuß. Landesfarben
**liber. Berliner Zeitung
***vgl. preuß. Verfass. 1850
****König konnte Landt. auflösa.

ai amnesty
international

stellt sich vor:

Wenn man ausländischen Zeitungen Glauben schenken darf, dann ist amnesty international "Instrument des Kommunistenterrors" (Brasilianische Zeitung), eine "imperialistische Institution" (Ghana Zeitung) oder ganz einfach diese "Spionageagentur" (Iranische Zeitung). Alle diese Meinungen drücken eins aus: amnesty international ist einigen Regierungen unbequem. Denn ai fordert die konsequente Verwirklichung der Menschenrechte, wie sie 1948 bereits von den vereinten Nationen beschlossen wurden.

WAS IST AMNESTY INTERNATIONAL? Die Tätigkeit von amnesty international unterscheidet sich dadurch von der vieler anderer Organisationen, daß ihre Mitarbeiter nicht nur die politische Verfolgung an die Öffentlichkeit bringen, sondern in erster Linie den Gefangenen und ihren Familien konkret zu helfen versuchen. Die Mitarbeiter von ai setzen sich persönlich für die Freilassung von Menschen ein, die wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung oder Aktivität oder wegen ihrer Zugehörigkeit zu rassischen oder ethnischen Gruppen gefangen gehalten werden. Nach Möglichkeit betreut jede Gruppe von amnesty international drei Gefangene:



Mode kaufen -
trotzdem sparen.
Ihr großes Bekleidungshaus
in Arnsberg 2
für Damen
(mit großer Pelzabteilung),
Herren, Kinder
und mit großer Wäsche-
abteilung

CRUSE

ARNSBERG

ab 1. September 1978 mit doppelter
Verkaufsfläche

Einen aus einem östlichen, einen aus einem westlichen Land und einen aus einem Land der dritten Welt. Darin soll zum Ausdruck kommen, daß sich amnesty international nicht mit einer der unterdrückten Überzeugungen, sondern mit dem politischen Gefangenen als Menschen identifiziert.

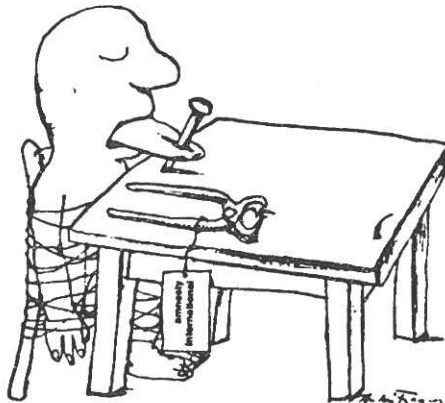
WIE ARBEITET AMNESTY INTERNATIONAL?

Nach der Untersuchung eines Falles und der Erstellung von Hintergrundinformationen durch das internationale Sekretariat in London 'adoptiert' eine Gruppe von amnesty international diesen Gefangenen und versucht, seine Freilassung zu erreichen. Sie nimmt Kontakt zu Regierungen, Botschaften und Behörden auf. Wer auch immer weitere Informationen zu dem Fall dieses politischen Gefangenen geben könnte, wird angeschrieben. Wenn es dem Gefangenen nicht schadet, setzt sich die Gruppe mit ihm selbst und seiner Familie in Verbindung. Meistens sind die Frauen und Kinder der Gefangenen auch in unmittelbarer finanzieller Not, so daß die Gruppe einspringen und Geld für Lebensmittel, Kleidung, Schule zur Verfügung stellen muß. AMNESTY INTERNATIONAL IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Auf die eben beschriebene Weise arbeiten in der Bundesrepublik inzwischen über 500 Adoptionsgruppen. Sie werden dabei von viel-

en Leuten unterstützt, die ihre Solidarität durch Teilnahme an verschiedenen Aktionen (z.B. 'Die Gefangenen des Monats', 'Urgent action' u.a.) oder auch durch finanzielle Zuwendung an eine Gruppe zum Ausdruck bringen.

Die Arbeit der Gruppen, die Gefangene im gleichen Land betreuen, wird



aus: Shut up - Cartoons for Amnesty, Hamburg 1977

von Spezialgruppen koordiniert, die aufgrund ihrer Erfahrung diese Aufgabe zusätzlich übernommen haben.

Im Hochsauerlandkreis gibt es zur Zeit drei Adoptionsgruppen, eine in Arnsberg, eine in Sundern und eine in Meschede, die in Kürze ihre Arbeit aufnehmen wird.

Wer Interesse an einer Mitarbeit bei amnesty international hat, kann die Anschrift der nächstgelegenen ai-Gruppe erfahren beim deutschen Sekretariat von amnesty

international:

amnesty international
Venusbergweg 48
5300 Bonn

Für die Gruppe Arnsberg lautet sie:

Hildegard Gottschalk
Scharnhorststraße 4
5760 Arnsberg 1

Die Anschrift der Gruppe Sundern ist:

Josef Adams
Schlehenweg 17
5768 Sundern

Dieser Beitrag wurde verfaßt von

Gerold Vannahme
Brandhagen 26
5768 Sundern

und sollte schon in der letzten Ausgabe der LUPE erscheinen, mußte dann aber aus Platzgründen auf diese Ausgabe verschoben werden - an Aktualität hat er allerdings nichts eingebüßt.

Jugendzentrum

Endlich ist ein greifbarer Erfolg in Sachen Jugendbegegnungszentrum in Arnsberg 1 zu verzeichnen. Ein Konzept der Jugendinitiative, unterstützt von Jungsozialisten und Jungdemokraten, hat die erforderliche Mehrheit bekommen. Hier das Konzept:

WARUM SIND WIR FÜR SELBSTVERWALTUNG?

Der Jugendliche hat in seiner Freizeit, wie auch in Schule und Betrieb, kaum die Möglichkeit, sich selbst zu bestimmen. Die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sind ihm vorgeschrieben. Private kommerzielle Einrichtungen wie Spielhallen, Gaststätten und Discotheken haben nur ein Interesse - Profit zu machen - und das auf Kosten der Jugendlichen. Die meisten Jugendlichen sind nun aber gezwungen, solche Einrichtungen aufzusuchen, wenn sie gleichaltrige treffen wollen. Hieraus ergibt sich für uns die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum.

INHALTLICHE SELBSTVERWALTUNG

Selbstverwaltung heißt, daß die Besucher des Jugendzentrums, also die Jugendlichen, selbst bestimmen, was dort an Aktionen, Veranstaltungen, Seminaren etc. stattfindet. Kurz: Die Jugendlichen machen das Programm selbst. Nur in Verbindung mit dieser Forderung kann man unsere beiden anderen Forderungen nach Mitbestimmung bei Finanz- und Personalfragen sehen. Wenn diese beiden Punkte nicht realisiert werden, kann

auch eine Selbstverwaltung des Programms nicht möglich sein. Wenn die Jugendlichen keinen Einfluß hierauf haben, könnte z.B. ein beschlossenes Programm aus Geldmangel nicht durchgeführt werden, oder ein Sozialarbeiter, der mit den Jugendlichen nicht zurecht kommt, kann nicht entlassen werden.

MITBESTIMMUNGSRECHT BEI AUSWAHL, EINSTELLUNG UND ENTLASSUNG DER SOZIALARBEITER UND BEI FINANZEN

Wir fordern die Einrichtung eines Gremiums, dem 3 Vertreter der Stadt, 3 Jugendliche und der Leiter des Jugendzentrums angehören. Dieses Gremium sollte sich einmal monatlich treffen, um über diese Punkte zu entscheiden. Wichtig ist also, daß es hierfür die Legitimation erhält. Beschlüsse müßten mit 2/3 Mehrheit gefaßt werden. Das Gremium soll außerdem Kontakt zur Stadtverwaltung, zum Jugendamt und zu den Jugendlichen haben bzw. schaffen. Wir fordern daher, daß dieses Gremium die Legitimation bekommt. Anders ist eine wahre Mitbestimmung u.E. nicht möglich.

ORGANISATORISCHE GRUNDLAGEN DER SELBSTVERWALTUNG

Das Jugendzentrum den Jugendlichen



Jugendinitiative Arnsberg

Die Vollversammlung soll mindestens alle zwei Monate stattfinden. Sie faßt alle wichtigen Beschlüsse, die dann vom Jugendrat (z.g.T.) ausgeführt werden. Der Jugendrat hat die Aufgabe, das Programm und den Ablauf im JBZ zu organisieren (z.B. Schlüsseldienst, Thekendienst). Vorläufiger Vorschlag zur Zusammensetzung: Sprecher der AG's, 3 Delegierte aus der Vollversammlung, Sozialarbeiter. Die endgültige Zusammensetzung ergibt sich aus den Erfahrungen und Ergebnissen der praktischen Arbeit in der ersten Zeit im JBZ. Zum Aufgabenbereich des JR würde auch noch gehören, Kontakt zur Stadtverwaltung, zu den AG's und IG's zu schaffen und ein Büro, das zu bestimmten Zeiten geöffnet ist, einzurichten. Außerdem hat der Jugendrat Rechenschaftspflicht und muß regelmäßig über seine Arbeit vor der Vollversammlung berichten.





Jugendliche beim Durchsetzen ihrer Forderungen.

Lürzer, Conrad

Viele gehen lieber Tanzen und winken nur müde ab, selbst wenn es um die eigene Sache geht. Weil es „echte“ Interessenvertretung für Schüler doch nicht gäbe. Sie halten die Wahlen zur Schülervertretung für ein Schauspiel, das nur einigen engagierten Schülern zur Selbstdarstellung dient.

Andererseits müssen sich gerade engagierte Schüler immer wieder vorhalten lassen, daß sie sich zu wenig einsetzen.

Kritisieren ist eine Sache, etwas tun eine andere.

Natürlich ist es viel einfacher, die anderen voran zu schicken. Und natürlich hat man auch nicht ungern einen Vorteil davon, wenn sie etwas erreichen.

Dann dürfen Sie sich aber nicht wundern, wenn nicht alles so ist, wie Sie es gerne hätten. Mit einer solchen Einstellung überlassen Sie anderen die Entscheidung.

Nehmen Sie die Wahlen zur Schülervertretung: Wenn Sie Ihr Wahlrecht nicht nutzen oder selbst nicht bereit sind, sich wählen zu lassen, wer soll Ihre Interessen vertreten? Am besten, Sie schließen sich Mitschülern an, die sich organisiert haben. In der

Liberalen Schüleraktion, der LISA.

Sie finden dort andere, die etwas tun wollen, mit denen Sie reden können. Und – je mehr Schüler mitmachen, um so mehr können sie erreichen.

Gerade in der Zeit nach der Wahl.

Und wenn es an Ihrer Schule noch keine LISA gibt, gründen Sie doch eine mit Ihren Freunden.

Nutzen Sie die Chance, die Sie schon haben. Wählen Sie und wählen Sie die Liberalen in die Schülervertretung.

An die Friedrich-Naumann-Stiftung, Baunscheidtstr. 15, 5300 Bonn 1

☐ Ich will mehr über die Friedrich-Naumann-Stiftung wissen.

☐ Ich will mehr über LISA wissen.

☐ Ich will wissen, wie und wo ich mich engagieren kann.

Name

Straße

PLZ/Ort

Ich bin Schüler der Schule.

FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG